

PRESSESTIMMEN

Zur Wende im US-Wahlkampf

„So sehr sein Team auch darauf besteht, dass es seit einiger Zeit auf Bidens Abgang vorbereitet war, besteht kein Zweifel daran, dass die Neuaufstellung der Demokraten Trump vor ein großes Problem stellt. Sein Wahlkampfteam beharrt darauf, weiterhin auf die Themen Kriminalität, Einwanderung und Inflation setzen zu wollen, bei denen es sich im Vorteil sieht. Doch es muss sich eingestehen, dass die Kandidatur von Kamala Harris ein Klima der Unsicherheit ausgelöst hat und eine Neuausrichtung erfordert. In der Zwischenzeit ist Harris auch für J.D. Vance zum Problem geworden. Trumps potenzieller Vize könnte plötzlich nicht mehr geeignet sein, insbesondere im Hinblick auf die weibliche Wählerschaft, bei der Trump jetzt große Schwierigkeiten hat. Obendrein wird Vance in einer Umfrage als unbeliebtester Kandidat für die Vizepräsidentschaft seit Jahrzehnten bezeichnet. Trump würde jemanden mit solchen Ergebnissen als ‚Verlierer‘ bezeichnen, und wir wissen ja, wie sehr der ehemalige Präsident Verlierer verabscheut.“

La Stampa Turin

„Mit neuer Energie versehen stellen sich die Demokraten hinter Harris als Präsidentschaftskandidat, was nach ihrer wochenlangen Verzweiflung über Präsident Biden keine Überraschung ist. Die USA haben jetzt ein Präsidentschaftsrennen, das Trump und die Republikaner verlieren könnten. Harris stellt den Wahlkampf geschickt als Zukunft gegen die Vergangenheit, als neue Generation gegen die alte dar und setzt ihr relativ junges Alter von 59 Jahren in Kontrast zum 78-jährigen Trump. Das hat bei den Demokraten oft funktioniert – man erinnere sich an JFK, Bill Clinton und Barack Obama. Nikki Haley warnte die Republikaner, dass die erste Partei, die einen Kandidaten aus der nächsten Generation auswählt, dieses Jahr einen politischen Vorteil haben würde, und hier sind wir.“

Wall Street Journal New York

„Die Zukunft der Welt hängt vom Parteitag der Demokraten Ende August ab. Wir Europäer sind bei unseren Einschätzungen zur US-Politik immer voreingenommen. Unsere Präferenzen hätten einen Wert, wenn nur die Bürger von New York, Boston und Kalifornien abstimmen würden. Aber gewählt wird in 52 Staaten mit Werten und Problemen, die weit von denen entfernt sind, die in der öffentlichen Meinung in Europa vorherrschen. Viele von uns meinen, dass Michelle Obama die Einzige wäre, die chancenreich gegen Trump antreten kann. Angesichts der globalen Notlage scheint Obama aus europäischer Sicht die beste Alternative zu sein. Aber es werden die Delegierten der Demokraten sein, die entscheiden werden. Der einzige Vorteil von Harris ist, dass Trump nach dem Rückzug von Biden gealtert zu sein scheint. Aber das allein wird für sie nicht reichen.“

El Periódico Barcelona

Dabei sein ist nicht alles: Sport und Bewegung für längere Gesundheit

Eine erfolgreiche Sportnation erkennt man nicht an ihren Olympia-Medaillen

„Mit den Olympischen Spielen erleben nun 81 österreichische Spitzensportlerinnen und Spitzensportler das größte sportliche Event ihrer Karriere, auf das sie sich vier Jahre zumeist unter nicht optimalen Rahmenbedingungen vorbereitet haben. Auch wir werden mit ihnen mitfeiern. Schließlich wurde der Grundstein ihrer Karrieren in Vereinen mit ehrenamtlichen Strukturen (bei einem Viertel in Sportunion-Vereinen) gelegt.“



PETER MCDONALD

SPORTION / FINO MANGIGHERA

Gastkommentar

Den Erfolg einer Nation, was die Sportpolitik betrifft, bemisst man jedoch nicht in Olympia-Medaillen, sondern an der Anzahl von Kindern und Jugendlichen in Bewegung und daran, wie viele Menschen Sport machen. Die Situation ist allerdings alarmierend: Zwei von drei Österreicherinnen und Österreichern bewegen sich nicht ausreichend. Und trotz steigender Lebenserwartung stagnieren die Lebensjahre, die wir in Gesundheit verbringen – Österreich ist mittlerweile sogar im letzten Drittel Europas angekommen: Eine Österreicherin bzw. ein Österreicher hat 57 gesunde Jahre

zur Verfügung, während es Schwedinnen und Schweden auf durchschnittlich 71 bringen. Das ist nicht nur volkswirtschaftlich vorteilhaft, sondern trifft viele von uns sehr persönlich in ihrer Lebensqualität.

Es ist ein schlecht gehütetes Geheimnis, dass Sport die beste Präventivmaßnahme für längere Gesundheit ist. Regelmäßige Bewegung reduziert die Notwendigkeit von direkten Behandlungen, Krankenständen sowie krankheitsbedingten Pensionierungen. Während die Gesundheitspolitik Prävention zwar in Sonntagsreden gerne thematisieren, jedoch häufig konkrete Maßnahmen schuldig blieben, muss das Thema Sport und Bewegung von einer künftigen Bundesregierung als Schlüsselthema erkannt und so auch behandelt werden. Bundeskanzler und Vizekanzler müssen das Thema auf Chef-Ebene erarbeiten und ein Ministerium für Gesundheit und Sport einrichten. Denn auch die Überlastung des Gesundheitswesens liegt daran, dass Gesundheitsvorsorge und Bewegung zu wenig in

unseren Köpfen verankert sind. Dem Thema muss die notwendige Bedeutung und finanzielle Ausstattung eingeräumt werden. Ein nationaler Aktionsplan sollte dazu führen, mehr Menschen in Sport und Bewegung zu bringen, sodass Verhaltensänderungen dies im Alltag zur Selbstverständlichkeit machen. „Sports in all policies“ mit konkreten Maßnahmen aller Ministerien muss einem nachhaltigen Gesamtplan folgen: Verwaltungsvereinfachungen für Ehrenamtliche aus dem Finanzministerium, verpflichtende Öffnung von Schulsportstätten durch das Bildungsministerium, Investitionsprogramm für Sportstätten durch das Infrastrukturministerium – denn Sportstätten sparen Krankenkassen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Wenn die Spitze einer künftigen Bundesregierung die Bedeutung von mehr gesunden Lebensjahren erkennt und sich dessen disruptiv annimmt, dann würden auch unsere Ergebnisse im Spitzensport verbessert werden, da die Basis ja in Wettkämpfen im Kindesalter in Sportvereinen geschaffen werden. Und wir könnten wohl bei künftigen Spielen über noch mehr olympische Erfolge jubeln.

Peter McDonald ist Präsident der Sportunion



Nicht bloß zuschauen, auch mitmachen: Der Text basiert auf einem offenen Brief des Autors

AP/ARND BRONKHORST

Recht praktisch



Wie schafft und nutzt man eine gemeinsame Photovoltaikanlage?

Ich bin Eigentümer einer Wohnung in einem Mehrparteienhaus. Derzeit diskutieren wir in der Wohnungseigentümergeinschaft, am Dach des Hauses eine Photovoltaikanlage zur gemeinsamen Nutzung zu montieren. Wie können wir das umsetzen?

Alois W., Mistelbach

Lieber Herr W., für diesen Fall eignet sich die „Gemeinschaftliche Erzeugungsanlage“ (GEA) gut. Eine GEA ermöglicht es mehreren Bewohnern eines Gebäudes, eine Photovoltaikanlage gemeinsam zu nutzen und zu betreiben. Der von der Photovoltaikanlage produzierte Strom wird dabei (ohne die Verwendung des öffentlichen Netzes) an die teilnehmenden Bewoh-

ner verteilt. Das führt zum Vorteil, dass keine Netzgebühren für die in der GEA erzeugte und verbrauchte Energie anfallen. Ein allfälliger Überschuss kann jedoch in das öffentliche Netz eingespeist werden. Die GEA besteht oft zusätzlich zur (von der GEA separaten) Energieversorgung aus dem öffentlichen Netz. Jeder Verbraucher kann daher seinen zusätzlichen Strombedarf (Restnetzbezug) wie gewohnt über das öffentliche Netz beziehen.

Für die GEA muss im Unterschied zu anderen Energiegemeinschaften auch keine eigene Rechtsperson geschaffen werden. Es reicht aus, einen Ertrags- und Betriebsvertrag abzuschließen, in dem gewisse Regeln zum gemeinschaftlichen Betrieb (z. B. wer ist ver-

antwortlich für den Anlagenbetrieb) sowie zur gemeinschaftlichen Nutzung (z. B. wie soll die Energie im Haus verteilt werden) enthalten sein müssen. Weiters sind Regelungen zur Aufteilung laufender Kosten und Erträge, zur Wartung und Erhaltung der Anlage sowie zur Haftung zu treffen.

Auch der Umgang mit den durch die gemeinsame Nutzung entstehenden Daten muss geregelt werden. Außerdem ist es notwendig, schon im Vorhinein zu vereinbaren, was geschehen soll, wenn ein Teilnehmer wieder aus der GEA ausscheiden möchte. Weiters empfiehlt es sich, generelle Regelungen zur Finanzierung der Investitionskosten der Anlage zu treffen. Werden Wohnungen in einem Mehrparteienhaus

z. B. vermietet, fallen das Investitions- und Nutzungsinteresse grundsätzlich auseinander, weshalb man dieses Gefälle vertraglich adressieren sollte. Der Betrieb einer GEA kann durch die Bewohner erfolgen oder auch an Dritte ausgelagert werden.

Voraussetzung für die Teilnahme an einer GEA ist, dass alle Teilnehmenden an eine gemeinsame Leitungsanlage angeschlossen sind (meist ist das die Hauptleitung im Gebäude). Ob ein gemeinsamer Anschlusspunkt besteht, kann über den Netzbetreiber in Erfahrung gebracht werden. Darüber hinaus muss jeder Teilnehmer (sowie die Erzeugungsanlage selbst) über einen kommunikationsfähigen Smart Meter verfügen. Dieser zeichnet im Viertelstundentakt

die produzierte und verbrauchte Strommenge auf. Dadurch kann festgestellt werden, wie viel Strom jeder Benutzer von der Anlage bezieht.

Die Teilnahme an einer GEA ist freiwillig. Es müssen daher nicht alle Bewohner eines Hauses an einer GEA teilnehmen. Sollten (im Fall einer WEG) nur einzelne Wohnungseigentümer eine GEA errichten und betreiben wollen, wäre jedoch aufgrund der notwendigen Nutzung von Allgemeinflächen (z. B. Dach) grundsätzlich ein einstimmiger Beschluss der Wohnungseigentümergeinschaft notwendig.

Mag. Patricia Backhausen, MSc ist Rechtsanwältin bei DORDA.

rechtpraktisch@kurier.at



Gipfel zur schwächelnden Wirtschaft: Georg Knill (IV), Kanzler Nehammer, Harald Mahrer (WKO)

Optimismus statt „Verzweigung“

Österreich sollte seine Rolle nicht unterschätzen

Die Welt verändert sich rasch, die USA verlieren ihre Führungsrolle, China kann sie wegen Egoismus und Alterung nicht einnehmen, Europa hat Chancen, aber blickt zu oft nach innen, Frankreich zittert vor Rechts- und Linksradikalen, Deutschland vor AfD und ideenlosen Konservativen. Ungarn ist mehr als illiberal und keine Demokratie. Eine neue Fraktion im EU-Parlament will weniger bis gar keine gemeinsame Europapolitik und leugnet den Klimawandel.

Österreich beklagt in dieser Situation, dass sein Wachstum gering sei und wir als kleines Land nichts tun können, begrenzt durch unsere Größe, stärkere Nachbarn, Budgetdefizite durch vergangene Ausgaben, viele davon für konservative Agrarpolitik und fossile Energie. Aber Österreich ist heute eines der reichsten Länder Europas. Nach neuestem Ranking des Economist liegt es auf Platz 4 in EU, jedenfalls vor Deutschland. Noch weiter vorne wäre Österreich, wenn man Klimapolitik, soziale Gleichheit und Gesundheit mitberücksichtigt; also Nachhaltigkeit prüft, statt materiellen Wohlstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Wir haben eine hohe Forschungsquote, gute Fachausbildung und eine wachsende Bevölkerung, eine nie definierte Migrationspolitik hat uns dabei geholfen, dass die Bevölkerung steigt und weniger altert. Wenn auch nicht alle Migranten rasch integriert werden oder arbeiten bzw. Firmen gründen dürfen.

Wir dürfen uns nicht über Zölle auf billige chinesische Elektroautos freuen, auch

wenn sie niedriger sind als die amerikanischen. Aber Österreich liegt heute genau in der Mitte Europas und hat gute Beziehungen zu den Ländern des Westbalkan. Die Neutralität ist relativ gut abgesichert – mit vorsichtigen Schritten zu einer gemeinsamen Verteidigung, und (zu geringem) Beitrag zum Frieden in der Ukraine und in Gaza.

Wir sind in der Klimapolitik fortschrittlich, dank Regierungsbeitrag der Grünen. Natürlich sollten unsere Städte noch kühler werden. Nahrungsmittel sollten biologischer werden, Zuckerszusatz meldepflichtig, Düngemittel könnten weniger eingesetzt werden. Und Österreich könnte als neutrales Land besser mit Afrika zusammenarbeiten. Beispiele für Solarenergie und Informationstechnologie anbieten und gleichzeitig von Afrika lernen, wie man ohne Lkw und Pkw kommunizieren kann: Gesundheitstests, Wissen könnte auch digital vermittelt werden.

Österreich sollte nicht klagen, dass wir an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, etwa in einem Gespräch des Kanzlers mit den Spitzen der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung, sondern Ideen entwickeln, wie man Klimawandel bekämpft und Digitalisierung fördert. Wie sollten Probleme nicht der EU zuschieben und populistisch sein, sondern unsere Erfolge weiterführen, nicht uns selbst „verzweigen“, sondern selbstbewusst und optimistisch sein.

Karl Aiginger ist Wirtschaftsforscher an der WU, leitet die Europaplattform Wien-Brüssel.



KARL AIGINGER

Gastkommentar

KURIER Die abgedruckten Briefe und Gastkommentare müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Der KURIER bietet Fremdaotoren eine Plattform, ihre Standpunkte zu vertreten.

SCHREIBEN SIE UNS! LESER@KURIER.AT

Leserbriefe

Zum Rückzug von Joe Biden

Was Kamala Harris jetzt tun muss

Zum Leitartikel „Rückzug zum rechten Zeitpunkt“ (22. 7.) von Ingrid Steiner-Gashi

Sie schrieben, dass Joe Bidens Rückzug wohl noch gerade zum richtigen Zeitpunkt stattfand und seine Vize Kamala Harris als Ex-Staatsanwältin gegen Trump gute Chancen hat. Jawohl, ihre Chancen stehen gut, die Dame ist 59 Jahre, für eine vielleicht US-Präsidentin im besten Alter und Trump geht Richtung 80. Seine wortgewaltigen Auswüchse – seine Gegner sagen dazu Lügen – kennen wir ja, seine Großspurigkeit auch, die Amtszeit des Ex-Präsidenten Trump ist uns allen noch in Erinnerung. Es gab zwar keine Krise in dieser Form, aber dafür das Turteln mit Nordkoreas Diktator, dem Freund von Putin, und das Verächtlichmachen von EU und NATO. Wenn Kamala Harris nun das Gegenteil zu Trumps „Politik“ macht, sich ruhig und besonnen zeigt, Trump bei diversen Auftritten schreien lässt, ein gutes Programm entwirft und die Beziehungen zum alten Kontinent Europa wie unter Biden nicht nur beibehält, sondern verbessert, hat sie gute Chancen, nächste US-Präsidentin zu werden.

Österreichs EU-Kommissar

Ausgewiesene Experten schicken

Wo steht eigentlich geschrieben, dass Österreich einen Politiker aus den Reihen der ÖVP in die EU-Kommission nach Brüssel schicken muss? Es wäre die Aufgabe der Bundesregierung, einen Themenbereich auf EU-Ebene zu definieren, der Österreich besonders wichtig ist (z. B. Verkehr) und dafür einen ausgewiesenen Experten oder eine ausgewiesene Expertin zu schicken. Es ist einfach widerlich, wie unsere politische Klasse nahezu jedes Thema usurpiert, zerdiskutiert und durchwegs letztlich zum Nachteil von Restösterreich entscheidet. Eben so, wie es ihnen in den Kram passt. So geht das nicht. Wie kommen wir dazu, in Brüssel so ein Bild abzugeben?

Martin Witzmann

„Hexentrio“-Sager

Ist das die Sprache der FPÖ?

Mit großer Empörung habe ich die Aussage des FPÖ-Abgeordneten Vilimsky zum EU-Parlament vernommen, wo er Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, EZB-Präsidentin Christine Lagarde und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als politisches „Hexentrio“ bezeichnet, das diesen Kontinent in den Abgrund führt. Und weiter: „Wir werden sie die Peitsche spüren lassen.“ Ich wundert mich, dass es nicht sofort einen Aufstand aller Frauenverbände gegeben hat. Die Peitsche für Frauen? Mich hat dieser Satz fürchterlich aufgeregt. Ja wo sind wir denn? Ist das die Sprache der FPÖ? Da reden wir ständig über den Kampf gegen die Gewalt. Und dann kommt so eine Aussage ausgerechnet von der Partei, die in Österreich in Zukunft erste sein will. Da kann ich nur sagen: „Gott schütze Österreich.“

Käthe Preissegger

Kultursommer

Opern-Wasserspiele

Die Opernregisseure in St. Margarethen und in Brezgen sahen die Hitzewelle offenbar schon voraus. Deshalb durften sich im Steinbruch Aida, das Ballett und viele mehr pritschend im Wasser abkühlen. Ebenso im „Freischütz“: Legitimweise der Rolle spielen und es wurde geplauscht, was das Zeug hält. Adele und so gut wie alle Darsteller waren waschlennass. Warum allerdings das sonst naive angelegte Anmachen zur Lesbe mutierte, entzog sich meiner Erkenntnis. Super die bildliche Darstellung vom Ritt auf einem toten Pferd, sonst ja nur Metapher. Auf alle Fälle, Wasserspiele hin oder her: Tolle Regieeffekte, tolle musikalische, sängerische und darstellerische Leistungen auf beiden Schauplätzen. In „Aida“ schauspielersich besonders überzeugend die glutgäugige, stimmungswalrige Amneris. Die Abkühlung sei den tollen Protagonisten von Herzen gegönnt. Sicherlich hätte mancher im Publikum da gern mit geplauscht.

Eva Schreiber

Karten neu gemischt

Der Verzicht von Präsident Biden auf die Kandidatur für die US-Präsidentschaftswahl mischt die Karten offensichtlich neu. Trumps Feindbild ist Vergangenheit und plötzlich ist er der „alte“ Kandidat. Die Attacken der Republikaner gegen Kamala Harris und die persönlichen Angrif-

Heinz Vielgrader Rappoltenkirchen

War Snoop Dogg der richtige Mann als Fackelträger?

PRO & CONTRA

Wer findet, dass die Olympischen Spiele frei von Politik sein sollen, kann gleich einmal den Fackellauf streichen. Denn dieser wurde von den Nazis eingeführt, um vor Olympia in Berlin von ihren Verbrechen abzulenken.



Spätestens seit 1936 sind die Spiele höchstpolitisch. Der Terroranschlag in München 1972, der Boykott von Moskau 1980 und Los Angeles 1984 oder zuletzt die Vergabe von gigantischen Spielen an Diktaturen wie China oder Russland – hat das alles mit Politik nichts zu tun?

Natürlich ist auch der Einsatz von Snoop Dogg als Fackelträger ein Statement. Der Rapper hat zwar versprochen, das Thema Kiffen aufzuheben vor zu lassen, aber jedes Kind weiß, wofür er steht. Die Bilder, wo sich der Kalifornier beim Super Bowl einen Joint

gönnte, gingen um die (soziale Medien) Welt.

Na und? In einer Zeit, wo sich Politiker beim Biertrinken – also dem Konsum einer harten Droge – feiern lassen, kann so etwas doch nur noch ein paar Puritaner aufregen. Von den USA bis Deutschland und Thailand wurde Cannabis zuletzt entkriminalisiert. Mittlerweile weiß man, dass Alkohol die gefährlichste Einstiegsdroge ist. Dennoch gilt es als selbstverständlich, dass Sportler nach einem Medaillengewinn mehr oder weniger klausuriert gefragt werden, ob sie sich eh nachher ordentlich volllaufen haben lassen.

Dass Snoop Dogg die Fackel in Paris tragen durfte, ist ein Zeichen gegen diese wirkliche gesundheitsschädliche Doppelmoral. Und es ist gut, dass Olympia hier Flaggel zeigt.

DOMINIK SCHREIBER

Er ist Gangsta-Rapper, Produzent, Moderator und hat sich einen Namen als Gourmet gemacht, seitdem er mit der US-amerikanischen Super-Hausfrau Martha Stewart durch eine Kochshow führte.



Snoop Dogg ist seit Jahrzehnten eine Kultfigur. Alles schön und gut. Eine Sache, mit der er aber gewiss nicht assoziiert wird, ist Sport. Im Gegenteil: Calvin Broadus, wie Snoop mit bürgerlichem Namen heißt, steht wie kein anderer für Cannabiskonsum. 2019 prahlte er im Podcast von Howard Stern damit, dass er einen Assistenten beschäftigt, dessen einzige Aufgabe darin besteht, seine Joints zu drehen.

Man kennt den Mann eigentlich nur mit einer Cannabis-Zigarette in der Hand. Die olympische Fackel sollte aber bitte nicht an eine solche erinnern.

Es ist zwar Tradition, dass auch Film- und Musikstars das Feuer zu den Spielen tragen – schließlich erhöht es die Aufmerksamkeit für das Event. Aber muss gerade der weltbekannteste Kiffer die Fackel in die Arena bringen? Ist das die Art von Kontroverse, die eine Sportveranstaltung braucht? So viele Sportlegenden hätten sich diese Ehre mehr verdient.

Snoop Dogg setzte dem Ganzen selbst noch die Krone auf, indem er sich mit dem besten Boxer aller Zeiten verglich, Muhammad Ali. Er sagte, dass er sich emotional daran zurückerinnere, wie „der Champion die Fackel in der Hand hielt“. Für ihn würde es sich genauso anfühlen, nur in seiner eigenen Version. Aber Herr Broadus, vergessen Sie bitte nicht, dass Ihnen dazu eine olympische Goldmedaille und drei unumstrittene Weltmeistertitel fehlen.

BIRGIT SEISER